

Eine Reihe Schwierigkeiten gab es neuerdings wegen Waggonzuweisung namentlich für unsere Holzindustrie und Papierindustrie für Sendungen nach dem Auslande; auch hier erreichte die Kammer seitens der Generaldirektion wertvolle Zugeständnisse.

Ein Schmerzenskind sind immer wiederum die allgemeinen Bedingungen für Schlepplahnanschlüsse und deren Durchführung; in unverständlicher Weise suchen gerade auf diesem Gebiete die Bundesbahndirektionen immer neue Erschwerungen zu schaffen, die sich geradezu schikanös auswirken.

Gegen die neuerliche Verschärfung der sozialpolitischen Lasten durch die XX. Krankenversicherungsnovelle und XI. Arbeitslosenversicherungsnovelle führte die Kammer ausführlich alle Bedenken ins Treffen, welche die Ueberfälligung mit sogenannter Sozialpolitik für die Wirtschaft wachrufen muß; leider hatte sich die Regierung ja schon längst in einem politischen Kompromiß festgelegt und bedeutete die Vorlage der Entwürfe neuerdings einen reinen Formalakt. Ebenwenig konnte die Kammer ihre Bedenken gegen die neuerliche Vorlage des Kinderzuschußgesetzes zurückstellen. Abgesehen von dem neuen Ballast, den das Gesetz für die Wirtschaft bedeutet, sind es die Formen und Schwierigkeiten der in Aussicht genommenen Durchführungswege, welche den Entwurf nach Ansicht der Kammer vollends ungeeignet erscheinen lassen.

Über die kürzlich in der Zeitung erschienene Notiz betreffend angebliche Differenzen zwischen der Wiener- und Innsbrucker-Kammer möchte ich kurz mitteilen, daß dieselben lediglich auf persönliche Ursachen zurückzuführen sind. Die weiteren Mitteilungen darüber werde ich in der später folgenden vertraulichen Sitzung machen.

Wird zur Kenntnis genommen.

## 2. Bericht über die Vorsprache der Kammern beim Finanzminister.

Präsident Gesselle berichtet, daß die Kammern sich bemüht gefühlt haben, beim Finanzminister zweier wichtiger Fragen wegen vorzusprechen, und zwar erstens wegen der Übersteuerung aller erwerbenden Stände und zweitens wegen der geplanten Einführung der Körperschaftssteuer-

novelle, insbesondere wegen der im Entwurfe vorgesehenen Festsetzung der Höhe der Kammerumlage auf 5%.

In der Frage der Übersteuerung wurde uns versprochen, unsere Beschwerden nach Tunlichkeit zu berücksichtigen, aber weniger Erfolg hatten wir wegen der beabsichtigten gesetzmäßigen Begrenzung der Kammerumlage mit 5% im Höchstaussaße. Wir mußten leider mit der Überzeugung wegfahren, daß das Finanzministerium tatsächlich ganz ernstlich den Plan einer solchen Grenzfestsetzung in Erwägung ziehe. Selbstverständlich würden wir selbst gerne nur 5% Kammerumlage beschließen, wenn wir damit das Auslangen finden könnten. Aber wir haben unseren letzten Voranschlag in wiederholten Sitzungen genauestens überprüft und die Ausgaben nach Möglichkeit eingeschränkt und trotzdem mußten wir eine 10%ige Kammerumlage beschließen, weil wir eben die in unseren Wirkungskreis fallenden Agenden nicht erledigen könnten, abgesehen davon, daß dieser Gesetzentwurf eine Einschränkung der uns gesetzmäßig eingeräumten Autonomie bedeutet.

Wir haben daher diesen Eingriff in unsere Rechte als vollkommen undurchführbar zurückgewiesen und ich hoffe doch, daß es gelingen wird, diesen Gesetzentwurf entsprechend abzuändern, wenn es auch noch einen harten Kampf kosten wird.

Wird zur Kenntnis genommen.

## 3. Bericht über die Besprechung schwebender Verkehrs- und Tariffragen.

Präsident Gesselle: Unsere Vorsprache bei Herrn Generaldirektor Dr. Günther unter Führung des Herrn Landeshauptmannes Doktor Rehl betreffend Salzburger Verkehrs- und Tariffragen hatte einigen Erfolg.

Am 15. April d. J. wird in Salzburg eine Konferenz stattfinden, speziell wegen der Wagenüberstellung auf den Bahnhof Lehen. Wenn irgend einer der Herren noch besondere Wünsche vorzubringen hat, so bitten wir uns diese möglichst bald bekannt zu geben.

Kammerrat Schifter beschwert sich namens der Landkaufleute über die langsame Absendung von Waren auf dem Salzburger Bahnhofe.